

Arbeiter-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 27

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 23,
Alten-Graben-Str. 1. Fernr.: Hamburg 23 46.

Hamburg, den 5. Juli 1919

Anzeigen kosten die sechsgepartene Non-
paratellzeile über deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzulösen).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Bericht über unsere 16. Generalversammlung in Würzburg.

Der Vertreter der Generalkommission, Genosse Silber-
schmidt, wies darauf hin, daß auch die Opposition aner-
kennen mußte, daß der Vorstand in der Tarifpolitik seine
Pflicht getan habe, die sich auf den Willen ihrer General-
versammlung stütze. Dasselbe sei bei der Generalkommission
der Fall. Auch diese handele auf Grund früherer Kongreß-
beschlüsse nach den Grundsätzen der Organisations-
maßnahmen der Generalkommission bei Ausbruch des Krieges seien
von der großen Mehrheit der organisierten Arbeiter gebilligt
worden. Die erste Aufgabe war, die Organisationsmaßnahmen zu er-
halten und ihre Lebensfähigkeit zu sichern. Auch die Sicherung
der Lebensmittelversorgung war nötig. Die freiwillige Auf-
gabe der Lohnkämpfe sei geschehen, weil kein Mensch einen Streik
während des Krieges für möglich hielt. Schon nach 2 Monaten
sei es aber anders gekommen. Bei allen Handlungen wäre
geprüft worden, was gilt den Interessen des Volkes. Wir
haben nicht die Arbeiterschaft der Gegner gefährdet, aber
trotzdem mußten wir unser Land schützen. Wir haben nie
von einem Siege, sondern immer von der Notwendigkeit
gesprochen. Wir Zeitgenossen seien so besungen, daß wir
nicht objektiv die Handlungen prüfen können. Die General-
kommission werde in einigen Tagen Menschenhaft zu geben
haben und das werde gründlich geschehen. Die Organisationen
werden mit neuen Aufgaben erfüllt werden, um so mehr, wenn
die Sozialisierung fortschreitet. Die Bedenken gegen das Mate-
riale werden nur deshalb laut, weil man die Gewerkschaften
für überflüssig hielt. Die demokratische Fabrikkontrolle müsse
eingeführt werden, wie überhaupt die ganze Materie einheit-
lich organisierte und gesetzlich geregelt werden müsse. Diese
und noch viele andere Fragen müssen gelöst werden. Man
kann nach alledem doch nicht von Verbrechen der General-
kommission sprechen. Wenn wir die Absicht und den guten
Willen haben, gemeinsam zu arbeiten, so würde dies möglich
sein. Lassen wir die Erbitterung fallen und achten auch bei
Menschen, die eine andere Meinung hat, denn sei auch in
kleinen Dingen die Ansicht eine verschlebene, in großen Fragen
hätten wir deshalb nur die Interessen der Arbeiterschaft im
Auge. — Die zum zweiten Punkt der Tagesordnung ein-
reichenden Anträge 4 bis 9 waren damit erledigt.

Ueber die Lage des Bauarbeiter-Schutzes referiert
hierauf Genosse Heintze. Er verweist darauf, daß durch die
schlechten Lebensverhältnisse und den Krieg die Volkskraft so
geschädigt ist, daß Arbeiterschutz nötiger als je ist. Vor dem
Kriege waren schon erhebliche Zustände in bezug auf Bau-
arbeiterschutz gemacht. Allerdings sehen diesen Erfolgen
auch erhebliche Mißerfolge gegenüber. Immer wieder mußte
die Regierung gezwungen werden, in dieser wichtigen Frage
Zustandbesserungen zu machen. Der Arbeiterschutz hat nur dann
Wert, wenn er durch energische Kontrollen geschützt wird.
Auf Arbeiterkontrollen wollten die Behörden nur selten
eingehen. Man war in der Zwangslage, die Beamten bei-
gehalten zu müssen, trotz ihres rückständigen Standpunktes.
In Bayern, Württemberg und Baden bestehen die Kontrol-
leure aus Arbeiterkreisen, nicht aber in Preußen. Diese Ar-
beiterkontrollen sollen obligatorisch angestellt werden. Die
Gewerkschaften werden bei der Anstellung solcher Kontrollen
mitwirken haben. Die gewerblichen Berufsgenossenschaften
haben ihre Aufgabe nicht erfüllt. Bei Vervollständigung der Reichs-
gesetzte muß auch hier energisch reformiert werden. Bei den
Berufsgenossenschaften haben heute die Arbeiter den geringsten
Einfluß. Durch die Demokratisierung ist auch hier die Mög-
lichkeit gegeben, Verbesserungen zu schaffen. Mit unserm Einfluß
besteht nicht die Absicht, die heutigen Gewerbeinspektoren
abzuschaffen, im Gegenteil, wir wollen sie vermehren und
mit ihnen zusammen arbeiten. Der ganze Begriff des Unfalls
muß geändert werden insofern, als die ganzen Folgen erwerb-
licher Arbeitsunfähigkeit entschädigt werden müssen. Erst zu
warten, bis die Erwerbsfähigkeit bis auf ein Drittel gesunken
ist, ist zu weitgehend. Ueberall muß in nächster Zeit ener-
gisch gearbeitet werden, bis der gewerbliche Schutz der Ar-
beiter in aller Form gesichert ist. Die Hälfte der Unfälle
läßt sich bei gutem Arbeiterschutz vermeiden. Dazu brauchen
wir aber gute Organisationen und eine tüchtige gewerkschaft-
liche Arbeiterschaft.

Die vorgelegte Resolution wird ohne Widerspruch ange-
nommen:

Entscheidung.

Unter Bezugnahme auf die beruflichen Gefahren des
Maler-, Lackierer-, Anstreicher-, Tüncher- und Weißbinder-

gewerbes bei häuslichen Arbeiten und in Werkstätten sowie
besonders die Abstrich- und Erkränkungsgefahren bei der
Ausführung von Anstricharbeiten bei Eisenbahnen, von
Seifenherstellung und mit giftigen Farben, durch Gase und
Dämpfe sowie im weiteren durch die unzureichende Dich-
tung der Herbst- und Winterarbeiten, fordert die im Juni
1918 tagende 16. Generalversammlung des Verbandes der
Maler, Lackierer usw. von der Regierung des Reiches und
den Regierungen der Bundesstaaten einen wirksamen
Schutz für Leben und Gesundheit dieser Arbeiter. In
Frage kommen hierbei:

1. eine Revision der Unfallverhütungsvorschriften
und Gesundheitsvorschriftenbestimmungen von Jahr zu Jahr
nach den neueren Anforderungen der Unfallverhütungs-
und Gesundheitsvorschriften;
2. eine Reform der Gewerbeaufsicht zur zentralen
Überwachung der gewerblichen Betriebe, wobei eine hin-
reichende Mitwirkung der Arbeiterkontrollen und der
Gewerkschaften vorgesehen und die Durchführung der
behördlichen und berufsgenossenschaftlichen Schutzvor-
schriften sichergestellt ist.

Zu den vielen Unterlassungen protestiert die General-
versammlung auch mit Nachdruck gegen die Art, wie die
preussische Regierung die Eingabe der Sozialpolitischen
Abteilung der Generalkommission vom Februar 1918, be-
treffend eine Erweiterung des Schutzes gegen Gefährdungs-
krankheiten durch eine Verlängerung des Zeitraumes der
Dichtung der Wunden von 6 auf 8 Monate (vom 1. Oktober
bis 1. April) — erst beantwortet im Februar 1919 —
daburch erledigte, daß diese Forderung mit der Begründung
abgelehnt wurde: daß hierfür in allen Teilen
Preußens ein Bedürfnis nicht besteht.

Im weiteren fordert der Verbandsrat: Eine Re-
form der Reichsversicherungsvorschriften, und
hier insbesondere die der Unfallver-
sicherung, dahingehend, daß allgemein alle gewerblichen
Arbeiter versichert und auch die Rentenbeiträge der Unfall-
verletzten so umgebaut werden, daß nicht nur zwei Drittel
des Jahresarbeitslohnes, sondern der ganze Arbeitser-
werb rechnerisch zugrunde gelegt wird, sowie daß der Be-
griff des Unfalls in dem Sinne erweitert wird, daß die
gewerblichen Erkränkungen, die zur teilweisen oder gänz-
lichen Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitsunfähigkeit führen,
als Unfälle im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes an-
gesehen werden müssen. Und außerdem fordert der Ver-
bandsrat eine Umgestaltung und Demokrati-
sierung der Berufsgenossenschaften sowie
der staatlichen und kommunalen Ausfüh-
rungsbehörden zur Unfallversicherung, daß
den Versicherten eine gleichberechtigte Mitwirkung in allen
Teilen der Verwaltung und bei den Beschlüssen dieser
Körperschaften sowie bei der Rentenfestsetzung und An-
stellung von technischen Aufsichtsbeamten zugesichert und
gesichert wird.

Zur Erreichung von wirksamen Arbeiterschutzmaß-
nahmen ist die einheitliche Wirkungskraft der Arbeiter un-
bedingt erforderlich.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Die Aufgaben
unseres Verbandes in der Zukunft, referierte Kol-
lege Streine. Die Anträge 10 bis 25 stehen mit zur
Diskussion. Auf Antrag Böck beträgt die Redezeit 10 Mi-
nuten und jeder Kollege kann nur einmal zur Sache sprechen.

Der Referent führte unter anderem aus, daß die Probleme,
die heute noch kaum in der Theorie festgelegt sind, sich nur
teilweise in praktische Arbeit umsetzen lassen werden.

Unsere Organisationen gliedern sich nach Berufen, und
stehen die deutschen Arbeiter seit langem auf dem Boden der
Berufsorganisationen. Der Gedanke der Betriebs- und Einheits-
organisation habe sich bisher nicht durchzusetzen vermocht.
Der Krieg habe die Entwicklung sprunghaft vorwärts getrieben,
woraus sich die Wünsche nach größerem Einfluß der Ar-
beiterschaft von selbst erklären. Künftig soll die Produktion
von anderen Gesichtspunkten aus betrieben werden. Die
Unternehmer haben es immer abgelehnt, sich in ihre Betriebs-
führung einreden zu lassen. Wenn es noch nicht besser ge-
lungen ist, in das Produktionswesen einzuwirken, so liegt es
daran, daß längst nicht alle Arbeiter begriffen haben, was sie
ihrem Vorteil schuldig sind. Der Prozeß der Ablösung der
Privatwirtschaft und die Gemeinschaftsarbeit gehen mehr und
mehr ihrer Verwirklichung entgegen. Ueber das Tempo und
die Kreise, die sozialisiert werden können, darüber gehen die
Aussichten sehr weit auseinander. Daß dieser Prozeß nur
langsam, schrittweise vor sich gehen kann, darüber sei man
sich in unsern Gelehrtenkreisen vollständig einig und läßt sich diese

Stellung durch Beweise belegen. Wenn von Sozialisierung
gesprochen werden soll, so mußdem eine größere Beeinflussung der
Betriebe vorausgehen. Dies soll durch Arbeiter- beziehungsweise
Betriebsräte geschehen, die mitbestimmen müssen bei Einstellung
und Entlassung, bei Regelung der Arbeitszeit und Pausen
und Durchführung der Tarife. Lehr- und Arbeiterschulung usw.
wird der Arbeiterrat zu pflegen haben und versuchen, möglichst
Einfluß auf die Betriebe zu gewinnen. Einzelheiten lassen
sich im Augenblick noch nicht festlegen. Die Betriebsräte
müssen mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Das
erfordert schon das Interesse des Betriebes oder des Berufes.
Die Arbeitervertretung muß zunächst durch Urwahl, dann durch
Bezirksvertretung und schließlich durch Landesvertretung ge-
regelt werden. Daß die Lösung dieser Aufgaben für unser
Malergewerbe nichts Leichtes ist, wird jeder Kollege einsehen.
Trotzdem müssen wir uns dieser Aufgabe widmen und ihre
Lösung erreichen. Wir haben schon immer versucht, unsern
Einfluß auf die Betriebe zu stärken. Bisher war es schwer,
diese Vertretung in den Betrieben durchzuführen. Es sei aber
zu hoffen, daß es mit Hilfe der Gesetzgebung leichter werden
wird. Daß wir weiter für Arbeiterschutz kämpfen und wirken
müssen, braucht kaum gesagt zu werden. Auch hier müsse man
die Entwicklung gegen den Willen der Arbeitgeber vorwärts
treiben. Der Ausbau der Arbeitslosenfürsorge dürfe nicht
unterlassen werden, dazu gehöre die Frage der Arbeitsver-
mittlung und Arbeitsverteilung. Soll die soziale Fürsorge
ausgebaut werden, so müssen wir die Hand ans Werk legen.
Je nach der Entwicklung dieser sozialen Fürsorge seien die Ge-
werkschaften dann auch in der Lage, ihre Unterstützungsein-
richtungen abzubauen. Diese seien mit Mittel zum Zweck,
die Organisationen zu stärken und zu festigen, ohne die wir
noch nicht auskommen können. Wenn wir aufbauen wollen,
kann es nur geschehen im Rahmen des Berufes. Er sei die
Grundlage der Organisation und je nach der Lage des Gewerbes
werde sich der Verband heben und senken. Deshalb seien
wir auch an der Hebung des Gewerbes interessiert und dürfen
uns nicht allein darauf verlassen, was die Arbeitgeber tun,
wir müssen gemeinsam arbeiten, im Sinne, wie es in unserm
Mitschieden festgelegt ist. Den Niedergang unseres Berufes
in fachgewerblicher Hinsicht bedauern wir alle und müßte alles
getan werden, daß wir über diese schwere Zeit hinweg kommen.
Auch der Saisoncharakter unseres Berufes müsse möglichst
beseitigt werden. In all diesen Fragen sei es unsere Pflicht
dahin zu wirken, daß unser Einfluß auf die Betriebe gestärkt
und mehr und mehr die Sozialisierung zur Wirklichkeit werde.

Auch unser Tarifvertrag müsse ausgebaut werden, denn
auch er sei ein Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung. Daß
unser Kleingewerbe nicht das erste sei, das zur Sozialisierung
kommt, dürfte allen klar sein. Es werden viele andere Betriebe
vorausgehen. Nebenher geht dann auf die Entwicklung des
Tarifes bis zum Reichstarif ein. Unser Einfluß richtet sich
nach der Macht unserer Organisation, nach dem Stande der
Konjunktur und des Gewerbes. Wir haben uns stets der
gegebenen Situation angepaßt und immer versucht, das Beste
für die Kollegen hervorzuholen. Eine Produktivgenossenschaft
sei noch kein sozialistischer Betrieb, obwohl auch dieser Weg
gegangen werden könne zur Sozialisierung. Die Unkordarbeit
spielt in unserm Berufe nicht die große Rolle wie in andern.
Wo sie sich nicht abschaffen lasse, müsse eine vernünftige Re-
gelung eintreten. Zu einer Prinzipienfrage wollen wir die
Unkordarbeit nicht machen. Wir werden sie bekämpfen, wo
sie nicht von den Kollegen selbst gewünscht wird. Die Ent-
wicklung des Gewerbes und der Organisation wollen wir in
allen den gestreiften Fragen fördern und dies durch unsere
Entschlossenheit befeuern.

Kollege Böcker als Korreferent erklärte sich im all-
gemeinen mit dem Referat Streines einverstanden. Die Revolution
habe zwar die politische, nicht aber die wirtschaftliche Macht
für die Arbeiterschaft gebracht. Die Macht der Betriebsräte
sei nicht gefördert, sondern mehr und mehr gebrochen worden.
Die Gewerkschaften müßten ihre ganze Kraft für den Ausbau
des Ratesystems einsehen, da dieses eine Stärkung der Ver-
bände bedeute. Seit der Revolution sei vieles anders geworden.
Die Arbeitslosigkeit sei noch eine recht große, deshalb sollen
mehr Notstandsarbeiten eingerichtet werden, damit die Arbeits-
kraft nicht nutzlos brachliege. Auch für unsern Beruf müßten
solche Arbeiten geschaffen werden und sollte der Verband
dafür Richtlinien ausarbeiten. Bisher sei dieser Vorschlag
an der noch bestehenden Bureaucratie gescheitert. Diese Not-

Handarbeiten müssten aber in Regale von Staat und Gemeinde ausgeführt werden. Das wäre auch eine Vorarbeit für einen leistungsfähigen sozialen Betrieb. Die Arbeitsvermittlung dürfte nur durch die Arbeitsnachweise erfolgen und müsste dazu ganz bestimmte Vorschriften gelten. Dann müsste eine Feststellung über die Verhältnisse gemacht und dafür die Abrechnungspflicht eingeführt werden. Ferner müssen Wohnungsunterstützungskommissionen aus Arbeiter- und Grundbesitzerkreisen gebildet werden, um alle Wohnungen festzustellen, die aus unethischen Gründen gemacht werden müssen. Es muss dahin getrebt werden, dass die Betriebsräte gewählt werden und die Wahlen unter Umständen unter Mitwirkung der Gewerkschaften. Für die Kontrolle der Betriebe sei eine Erziehung und Bildung der Betriebsratsmitglieder nötig, das werde mit Aufgabe unserer Organisationen sein. Wir hoffen, dass die ganze Entwicklung eine andere Form nimmt, sobald die Wege über die Betriebsräte angenommen seien. Die Betriebsräte würden sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch betätigen müssen. Sodann müsste die Organisation ihr Augenmerk auch auf die Siedlungsfrage richten. Hier bietet sich für uns viel Arbeitsgelegenheit, ebenso bei der Herstellung praktischer Wohnungseinrichtungen. Eine große Aufgabe wäre ferner für unsere Organisation in der Zukunft die Erziehung vor. Die Organisation müsste alles tun, um die Entwicklung schneller vorwärtszutreiben. Werden die Räte politisch einflussreich, so werde es gelingen, überall erfolgreicher einzugreifen. Ein Vergleich mit den früheren Vertrauensleuten in den Betrieben sei nicht berechtigt. Die Macht des Arbeiterrates könne gar nicht weit genug gehen, denn diese Räte sollen uns die Macht erst bringen, die wir brauchen, um unser Ziel zu erreichen.

Nach den beiden Referaten folgte eine lebhafte Aussprache, die sich in der Hauptsache um das Räteystem drehte. Mehrere Kollegen betonten, dass sie von den Referaten nicht bekräftigt worden wären. Es müsste bestimmt ausgesprochen werden, dass wir die Arbeiterräte auch für Kleinbetriebe mit unter 10 Beschäftigten einführen. Wirtschaftlich müssten die Räte große Macht erhalten. Die Bildung von Orts- und Bezirksräten sei zu begrüßen, nur müssten stets auch die richtigen Personen an den richtigen Platz gestellt werden. Befähigen die Arbeiterräte die wirtschaftliche Macht, dann könne man zur Sozialisierung und zur Befreiung der Arbeiterklasse von dem Kapitalismus. Weitere Redner wiesen darauf hin, dass das Räteystem auf Grundlage der planmäßigen Gemeinwirtschaft, der ökonomischen Umgestaltung aufgebaut werden müsse. Nicht Diktatur sei das Richtige, sondern organische Entwicklung. Schule sei alles noch Neuland, die Theorie müsse durch die Praxis ersetzt werden. Eine planmäßige Schulung und Aufklärung bilde das Fundament; an Stelle des Schlagwortes müssten Kenntnisse und Fähigkeiten treten. Der Grundlag der bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsweise, die Gewinnwirtschaft, müsse in der neuen sozialistischen Weltordnung abgelöst werden, dass die Produktion den Interessen der Allgemeinheit diene und zugänglich gemacht werde.

Von der Gegenseite wurde ausgeführt, dass nicht auf dem kapitalistischen Produktionsprozess die sozialistische Wirtschaftsordnung aufgebaut werden könne. Die Tatsache sei so, dass man sich jetzt von Seiten der Majorität von dem Boden der Revolution auf den Boden der Evolution stelle. Das sei darin zu suchen, dass man sich nicht recht traue, den Kampf gegen das Kapital zu führen. Es sei heute so, dass die Mehrheit sich auf dem Wege über die Demokratie auf den Boden des evolutionären Reformsozialismus begeben. Mehr als je müsse man jetzt das Schwergewicht auf das Räteystem legen. Der Wille der produktionsfähigen Bevölkerung verlange die Sozialisierung und diesem werde durch das Räteystem entsprochen, das auch die politische Macht haben müsse. Die Ausführungen eines Redners gegen den Reichstaxi fanden keine Zustimmung, nur müsse, wie auch bereits der Referent hervorgehoben, der Reichstaxi den neuen Verhältnissen angepasst werden.

Kollege Böker geht in seinem Schlusswort auf die Kritiken ein. Alle Fragen erschöpfend zu behandeln, sei in einem Referat nicht möglich. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir uns noch in der kapitalistischen Wirtschaft befinden, daraus erkläre sich auch, dass einige Redner der Meinung seien, seine Ausführungen seien nicht weit genug gegangen. Kollege Streine führte aus, dass seine vorgelegte Resolution allen Anforderungen genüge. Alle Redner waren der Ueberzeugung, dass die Sozialisierung unseres Gewerbes nicht so leicht sei. Wir wollen diese Bestrebungen im allgemeinen unterstützen, bis das Malergewerbe in Anlehnung an die gleichen Bestrebungen des Baugewerbes reif sei. Es stehe gar nicht im Wege, dass die Kollegen auch im „Reichsanzeiger“ ihre Anschauungen vertreten und zur Klärung der Frage mit beitragen. Wie schnell die Entwicklung gehe, lasse sich heute nicht sagen, und deshalb sollten wir uns nicht mehr festlegen als es vorge schlagen werde. Die Produktionsgenossenschaften wirtschaften heute auf derselben Basis wie das Privatkapital. Ob es über diesen Weg zur Sozialisierung kommen werde, sei eine Frage. Der erste Teil der Leipziger Resolution, der sich mit der Revision des Vorstandes decke, sei als erledigt zu betrachten. Das wir auch gegen ein Hausgesetz sind, sei ganz selbstverständlich. Uebrigens sei die erwähnte Vorlage noch gar nicht bekannt.

Darauf gelangte nachstehende Resolution des Vorstandes gegen 4 Stimmen zur Annahme:

Richtlinien über die Aufgaben unseres Verbandes in der Zukunft.

1. Die Förderung der Entwicklung zur Gemeinwirtschaft durch die von den Gewerkschaften bisher schon erzielte Betriebsdemokratie bis zum Ende des Sozialismus über die sozialkapitalistische Produktionsweise. Im Malergewerbe ist

die Sozialisierung in Anlehnung an die gleichen Bestrebungen wie im Baugewerbe durchzuführen.

2. Die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiter im Einzelbetriebe bis zur zentralen Wirtschaftsorganisation. Dies erfordert die Schaffung von Arbeitervertretungen (Betriebsräte). Diese haben im Einzelbetriebe mit den Gewerkschaften und auf deren Kraft gestützt im Interesse der von ihnen vertretenen Arbeiterschaft zu wirken. Zur Vertretung allgemeiner Arbeiterinteressen sind aus der Wahl mit beruflicher Gliederung hervorgehende Arbeiterräte zu bilden. Auch diese müssen Hand in Hand mit den Gewerkschaften die von ihnen zu erfüllenden sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben erfüllen. Außer diesen Betriebs- und betrieblichen Arbeiterräten sind Arbeitervertretungen auf gleicher Grundlag durchzuführen.

3. Die Förderung der ausreichenden sozialen Fürsorge, insbesondere für Arbeitslose, Kranke und Invaliden. In dem Maße des Erfolges dieses Strebens können die im Verbands bestehenden Unterstützungseinrichtungen abgebaut werden.

4. Zur Wiederaufrichtung des Malergewerbes muß auf der Grundlag der im November 1918 festgestellten Richtlinien mit den Organisationen der Arbeitgeber und, wo diese die Mitarbeit ablehnen, selbstständig gearbeitet werden. Dabei ist insbesondere dem Lehrlingswesen, der fachgewerblichen Durchbildung der Berufsangehörigen, der Arbeitsvermittlung, der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, besonders auch für die Wintermonate, der Beschaffung ausreichender und die Gesundheit der Arbeiter nicht gefährdenden Rohstoffe größte Beachtung zu schenken.

5. Im Vordergrund der Tätigkeit unseres Verbandes muß nach wie vor die Festsetzung ausreichender Löhne und von Arbeitsbedingungen stehen, die der Gehilfenschaft gesicherte Existenz ermöglichen. Dieses Streben ist durch den Abschluß kollektiver Arbeitsverträge zu unterstützen, die neben der zentralen Regelung auch den betrieblichen oder Bezirksverbänden, besonders bei Festsetzung der Löhne, größere Freiheit geben müssen.

6. Der Kampf gegen Berufskrankheiten und Unfallgefahren ist unermüdet fortzusetzen.

7. Solange die durch den Krieg hervorgerufenen Ernährungsschwierigkeiten bestehen, sind schärfste Maßnahmen zur Durchführung einer strengen Rationierung und gerechten Verteilung aller Lebensmittel gegen Schleichhandel und wucherische Ausbeutung der Notlage des Volkes zu fordern.

Ebenfalls wurde die Resolution Augsburg angenommen; für die Resolution Leipzig stimmten 28 Delegierte. Desgleichen gelangten zur Annahme die Anträge 10 und 11; der zweite Teil von letzterem, dass die Arbeitsgemeinschaft öffentlich rechtliche Stellung erhalten soll, wurde abgelehnt. Als erledigt gelten die Anträge 12, 17 und 23. Antrag 18 wurde angenommen. Weiter sind erledigt durch die Resolution Punkte die Anträge 14 und 15. Abgelehnt wurden die Anträge 13, 16, 18, 24 und 25. Die Anträge 20, 21 und 22 wurden dem Vorstand zur Verlesung überwiesen. Ein Antrag, dass die Tarife gesetzliche Regelung erhalten sollen, wurde zur Kenntnis genommen. Der Antrag 229, Erlass von Schulden, wurde dem Vorstand und Beirat überwiesen. Antrag 228 von Mannheim wurde abgelehnt.

Zur Regelung der Gehaltsfrage wurde eine Kommission gewählt. Jeder Bezirk stellte einen Vertreter, außerdem wurden vom Vorstand, den Bezirksleitern und Filialangestellten ein Vertreter dazu bestimmt.

Am fünften Verhandlungstag erfolgte die Beratung der 1. und 2. in 11 gestellten Änderungsanträge. Da bereits eine Kommission eine Durchberatung vorgenommen hatte, waren die Kollegen Ruth und Delle als Berichterstatter bestimmt.

harter Frieden, cruste Pflicht!

Wenn diese Zeilen in Druck gegeben sind, wird der Friede nach dem Beschluß der Nationalversammlung vom 22. Juni unterzeichnet sein. Damit werden dem deutschen Volke die härtesten Bedingungen auferlegt. Das deutsche Volk hat in den letzten Wochen noch die schwache Hoffnung auf die Durchführung der 14 Wilsdorfschen Punkte. Wohl erwarteten wir einen harten, aber gerechten Frieden. Wir wiegen uns in dem Wahn, daß unsere Feinde ein Einsehen haben und uns nicht für die Sünden früherer Machthaber büßen lassen würden, wie glaubten an die Gerechtigkeitsempfindung an ihre Menschlichkeit und an ihren Willen, einen dauernden Verständigungsfrieden herbeizuführen. Das deutsche Volk war bereit, alles wieder gutzumachen, was durch sein Verschulden herbeigeführt worden ist. Wir glaubten an eine Modifizierung des ursprünglichen Entwurfs, damit das deutsche Volk sich bewegen und betätigen könne wie jedes andere Volk. Diese Hoffnungen haben sich nicht erfüllt; was abgeändert wurde, fällt im Vergleich zu den andern Reichsbedingungen gar nicht ins Gewicht. Das Joch ist uns nun anferlegt!

Der Ministerpräsident Graf von Dapert, der ehemalige 2. Vorsitzende der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, der in den schwersten Stunden des gesamten deutschen Volkes an die Spitze der Reichsregierung trat, hat in der entscheidenden Sitzung der Nationalversammlung tief empfundene Worte für die Beurteilung des Versailles diplomatischen Machtworts gefunden. Aber auch ein leichter Strahl der Hoffnung drang aus seinen Schlußworten, die folgendermaßen klingen:

Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß in Würdigung aller dieser Umstände und vorbehaltlich der Ratifikation durch die Nationalversammlung die Regierung sich entschlossen hat, den uns vorgelegten Friedensvertrag unterzeichnen zu lassen, daß sie diese Vollmacht gibt, indem sie den Gegnern unumwunden erklärt, dem Volk und auch keine der alliierten und assoziierten Mächte könne dem deutschen Volke zumuten, ein Friedensinstrument aus innerer Ueberzeugung zuzustimmen. Durch das ohne Befragen lebendige Glieder vom Reich abgetrennt, die deutsche Staatshoheit dauernd verliert und dem deutschen Volke unerträgliche wirtschaftliche und finanzielle Lasten auferlegt werden sollen.

Wer so über die härteste Stunde im Leben seines Volkes sprechen muß, der schaut sich vor dem Vorwurf der Schönfärberei, wenn er seinen Glauben an eine Aufhellung, an die endliche Auswirkungsgelegenheit besserer Zukunft zum Ausdruck bringen will. Aber ich bin überzeugt, in der deutschen Republik könnte keiner im Amt oder im Handelsleben, in der Politik und in der Wissenschaft mehr eine Hand rühren, wenn ihm der Glaube an das deutsche Volk nicht gelassen wäre. Wir stehen vor Arbeitsjahren für fremde Rechnung, wie nie ein Volk vor uns. Wir haben vor unsern Kindern und Enkeln die Verpflichtung, Deutschland zusammenzuhalten, soweit es uns gelassen ist. Wir müssen in der Verwirrung dieser Zeit, die außer Rand und Band geraten ist, die Ordnung und Regelung der neuen Freiheit schaffen, unbekümmert darum, ob uns Schwärmer und Vorkämpfer in diesen wahrhaft demokratischen Bestrebungen verstehen oder nicht. Nur dank einer Vertretungstreue bis zur Grenze unseres Möglichen, nur aus aller Entschlossenheit im Zusammenleben in der deutschen Schicksalsgemeinschaft, nur im Willen zur Arbeit in allen Schichten mit Disziplin und Pflichtbewußtsein, kann aus dieser Stunde noch eine Zukunft für uns erwachsen. Es gibt kein Wundermittel für die Gesundung eines Volkes. Selbst die Weltrevolution kann der Krankheit nicht abhelfen, an der wir hinfieren. Nur der Revolution unseres sittlichen Bewußtseins wird und muß es gelingen, aus Krieg und Hinterlist zu einer besseren Zukunft emporzusteigen.

Sozialkapitalistischer und imperialistischer Größenwahn haben Deutschland in den Augen politischer und wirtschaftlicher Ohnmacht nach außen gestürzt. Giftlos und verlassbar scheint Deutschland einer ganzen Welt von Feindschaft und Mißtrauen gegenüberzusetzen. Aber vollständig verloren sind wir nur, wenn wir uns selbst aufgeben. Und dazu haben die deutschen Arbeiter als die Erben des alten Deutschlands keine Veranlassung, wenn sie nur die einzige Lösung, die es für sie geben kann, um wieder aus dem Elend herauszukommen, erkennen lernen: Arbeiten und nicht verzwweifeln!

Unsere Kluder und unser Kampf.

Kapitalistischer Geist erfüllt die Welt. — Das zeigt uns von selber, daß ein Gegensatz besteht zwischen der Welt draußen und der daheim. Da draußen ist eben die Welt von heute mit ihrem Eigennutz und ihrer kapitalistischen Hierarchie. Nur daheim kann nach innen der Geist der Ethik, der Geist des Menschens, der Gerechtigkeit, der Liebe. Und so ist die Welt daheim die Pflichtenwelt des Geistes der kommenden Zeit, und es muß unser Streben sein, die Welt daheim der Welt der Zukunft dienlich zu machen. Je mehr wir daheim pflegen die inneren Werte, um so mehr tragen wir davon durch unsere Hände hinein in die Zukunftswelt. Ein solches Zukunftswelt soll sich also daheim abspielen. Frei von kapitalistischem Geiste muß das Leben bei unsern Lieben sein. Was daheim geschieht, soll getan werden im Geiste des Menschentums, und es soll vollbracht werden, um dem Ganzen, der Familie, zu dienen, um andere, die Eltern und Geschwister, zu erfreuen. Aus edelsten Motiven heraus soll da alles Denken und Handeln geschehen. Die Liebe soll da sein des Lebens Rührerin.

Und dennoch: wie manchmal wird nicht auch bei uns eine gute Tat, ein Biederkeit, mit Gold belohnt, und wenn es auch nur wenige Pfennige sind? Zuerst soll die Seele werden in unserem Sinne; es soll innerlich reich werden und groß und stark, dann besteht es von selber nachher von gewerkschaftlichen Arbeitskämpfen, ja, dann fühlt es dieses Kampfes ganze Seele, da es selbst reich ist an innerem Wert und da es fühlt, daß der Kapitalismus jedes seelischen Erlebens hat, daß das seelische Glück erst mit ihm in jenen freieren Wirtschaftswelt, die unser gewerkschaftlicher Kampf erstrebt.

Eine gewaltige Macht bedeutet heute der gewerkschaftliche Verband. Wie sind die Organisationen gewachsen und groß geworden! Und sie werden weiter wachsen. Doch nicht nur an Zahl, auch an Kulturgefühl. Wie spricht man schon heute mit Achtung von der gewerkschaftlichen Disziplin, der gewerkschaftlichen Treue, der gewerkschaftlichen Solidarität. Auch diese Werte werden zunehmen und wachsen. Immer klarer, tiefer, weiter und tiefer wird mit der Organisation hervorgehoben die ständige Idee, die in ihr steckt, immer mehr wird der Begriff „gewerkschaftlicher Kampf“ sich bedeuten mit dem Begriff höchsten Menschentums. Und unser Geist wird's sein, daß dann in jenen Ueberwachungen Zeiten der Kampf besteht, wenn wir unsern Kindern mit unserer ganzen Besonnenheit diese gewerkschaftliche Kampfeseele eingeben.

Jahresbericht des 5. Bezirks.

Auch im fünften Kriegsjahr, das uns wenigstens den Waffenstillstand brachte, suchten wir nach Möglichkeit, auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse unsere gewerkschaftlichen Aufgaben und Ziele gerecht zu werden. Weitere unlagbare Leiden und Entbehrungen, die auch durch unsere gewerkschaftlichen Erfolge nicht wesentlich gemildert werden konnten, mußte die Arbeiterschaft auf sich nehmen. Die Ernährungs-schwierigkeiten erreichten im Berichtsjahre eine unerhörte Höhe. Das körperliche Aussehen gerade unserer Berufscollegen, die besonders noch durch das fortgesetzte Verarbeiten der bekannten gesundheitschädlichen Erbstoffe schwer zu leiden hatten, sagte uns in dieser Beziehung mehr, als alle Statistiken über den Gesundheitszustand hätten beweisen können. Daran änderte auch nichts, daß es unsern zentralen und betrieblichen Bemühungen gelungen war, unsere Berufscollegen in die Kategorie der Schwere, zum Teil auch der Schwerstarbeiter zu bringen. Die Arbeitsgelegenheit war bis zur Demobilisation recht befriedigend; wiederum konnten die gemeldeten Arbeitsstellen in den 9 günstigsten Monaten des Jahres durchschnittlich nur etwa zur Hälfte besetzt werden. Nicht, daß die Arbeitsgelegenheit sich gegenüber dem Vorjahre gebessert hätte —

das sich schon der immer schärfer werdende Materialmangel nicht zu... sondern der besonders starke Abgang der Kollegen zum Militär sowie die Einberufungen zum Hilfsdienst machten dies erklärlich.

Unsere monatlich erschienenen Fragebogen über die Arbeitslosigkeit, die mit Ausnahme von Nordhausen pünktlich eingesandt wurden, besagen, daß im Januar die Arbeitslosigkeit 1,7 pSt., Ende Februar 1,9 pSt., Ende März 0,6 pSt., in den folgenden Monaten aber gleich Null betrug, um sich dann Ende des Demobilisationsmonats November auf 0,9 pSt. und Ende Dezember auf 10,4 pSt. zu heben.

Mit dem Ausbrechen des Krieges und des Beginns der inneren revolutionären Umwälzungen konnten wir fast allseits eine erfreuliche Aufwärtsbewegung unserer Mitgliederzahlen beobachten. Auch in den ersten 8 Quartalen des Berichtsjahres bewegten sich die Mitgliederzahlen nach oben.

Die Aufnahmeregister des 2. Quartals beweisen, daß man an den einzelnen Orten nicht untätig gewesen ist. Der eigentliche Aufschwung durch Neuaufnahmen setzte im 4. Quartal ein. Es wurden in diesem 890 Mitglieder der Organisation zugeführt, die sich zum großen Teil aus den Industriebetrieben rekrutierten.

Am Jahresluß waren die während des Krieges eingegangenen Filialen Weimburg, Naumburg, Eisenberg und Weida als solche wieder in Funktion. Anfang 1918 bestanden 72 Zahlstellen, Ende 1918 waren es 82.

Die zentrale Vereinbarung vom 8. Februar 1918 brachte uns vom 16. März an für Lohngebieten mit mehr als 100 000 Einwohnern 16 A, in den übrigen Orten 10 A für jede geleistete Arbeitsstunde an Lohnzuschlag, dem vom 1. Juni an eine weitere Zulage von 5 A pro Stunde auf der ganzen Linie folgen sollte.

Während sich die Vereinbarung in den Großstädten ohne Komplikationen durchsetzte, mußten wir vielfach in den kleineren Orten nachhelfen. Dort wollten die Arbeitgeber immer nicht unterrichtet sein. Wo die Arbeiterorganisation nicht mehr intakt war, haben es sich die Herren zunutze gemacht und sich bis in die neueste Zeit hinein um den größten Teil der Zulage gedrückt.

Wo der Reichstarifvertrag nicht in Frage kam, genügte in der Regel unsere Mittellage über die Vereinbarung, um den Gehilfen die Lohnzulage zuteil werden zu lassen.

Mit dem Inkrafttreten der zweiten Rate am 1. Juni glaubten unsere Kollegen, daß die Arbeitgeber nun diesmal Gebrauch von der bei den Verhandlungen ausgesprochenen Zulässigkeits der Gewährung einer freiwilligen Zulage über die vereinbarten Sätze hinaus machen würden, da schon im Vorjahre nur das Mindeste bewilligt worden war.

Die am 9. November zentral vereinbarte weitere Zulage von 16 A konnte im Bezirk bis auf einige kleinere Orte reiflos durchgeführt werden, wenn es auch erst vielfacher Mahnungen und Anregungen unsererseits bedurfte.

Wermenswert ist schließlich noch, daß infolge Vereinbarung mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes die Öffentliche und Blauschnecken Grund nunmehr als zu Dresden gehörende Lohngebiete zu betrachten und tariflich zu behandeln sind.

Wie die vorstehenden Bewegungen, so vollzogen sich auch die in der Industrie, an denen unsere Sachierkollegen beteiligt waren, ohne Arbeitsinstellung.

In der Waggonfabrik Weidau kam eine schon im Vorjahre eingeleitete Bewegung am 12. Februar zum Abschluß, an der 54 Arbeiter und 16 Arbeiterinnen beteiligt waren. Es wurde eine Ausbesserung der Verdienste um wöchentlich durchschnittlich M. 11 durchgeführt.

Am 24. Januar stellten die Arbeiter der Eisenacher Fahrzeugfabrik Forderungen um Erhöhung der Grundlöhne und Garantie eines hundertprozentigen Verdienstes auf die Grundlöhne. Es waren von uns 26 Kollegen an der Bewegung beteiligt, die jedoch nur insoweit in Betracht kamen, als es sich um die Ausbesserung der schlecht bezahlten Arbeiter handelte. Die Einigung fand auf der Grundlage statt, daß ab 1. April eine neue Einteilung der Stundenverdienste und Regelung der Akkordlöhne in Kraft trat, für die bestimmte Richtlinien festgelegt wurden.

Eine Forderung unserer Kollegen bei der Firma Frischmann in Gotha, bessere Stundenlöhne zu erhalten, wurde am 16. Februar gestellt. Das Resultat für unsere 6 Kollegen war, daß ein Mehrverdienst von M. 7,56 pro Woche für den einzelnen erreicht wurde.

Durch zweimalige Verhandlungen mit der Leitung der Waggonfabrik in Bauhen wurde vereinbart, die Arbeitszeit von 56 auf 58 Stunden herabzusetzen und dafür einen Lohnausgleich von 10 A pro Stunde zu gewähren. Die Akkordpreise für Frischarbeit wurden um 10 pSt., die für Friedensarbeit um 15 pSt. aufgebessert. Auch die Lehrlinge erhielten eine entsprechende Lohnverbesserung. Rund 50 Kollegen waren beteiligt.

In der Flugzeugfabrik Leipzig-Vindenthal vereinbarten wir mit der Direktion am 9. April, daß die für das Malergewerbe für Leipzig in Frage kommenden Leuerungsulagen auch den Sachierern des Betriebes zutreffen sollen.

In der Waggonfabrik Orlitz, in der von unserer Branche 65 männliche und 6 weibliche Arbeiter tätig sind, wurden Forderungen auf dreizehnprozentige Erhöhung der Akkordverdienste und 12 A Stundenlohnverbesserung gestellt. Es wurde für den einzelnen ein durchschnittliche Verdienstverbesserung von M. 4,40 pro Woche erzielt, nämlich zehnprozentige Ausbesserung der Akkordlöhne und entsprechende Stundenlohnverbesserung.

Eine nochmalige Forderung, die am 8. Oktober eingereicht und eine zwanzig bis dreißigprozentige Akkordverbesserung betrafte, wurde mit einer Leuerungszulage von 10 A pro Stunde abgehandelt, die am 4. November gezahlt wurde.

In der Fahrzeugfabrik Eisenach wurde am 7. August der Antrag auf Einführung der achtstündigen Arbeitszeit gestellt, wofür man einen entsprechenden Lohnausgleich verlangte. Man begründete dieses Vorhaben mit der schlechten Ernährungsweise. Die Arbeitszeit wurde dann von 58 auf 52 1/2 Stunden pro Woche festgesetzt, ohne freilich einen Lohnausgleich zu erhalten, da fast nur im Akkord gearbeitet wurde.

Auch in den Zirkwerkstätten in Jena stellte die Arbeiterschaft das Verlangen, die sechsundfünfzigstündige Arbeitszeit auf 48 Stunden zu reduzieren, da die schlechten Ernährungsverhältnisse diese Maßnahme nötig mache. Es wurde die Arbeitszeit auf 51 Stunden verkürzt. Für die verkürzte Arbeitszeit wurde die Leuerungszulage um 10 pSt. erhöht und damit der frühere Verdienst erreicht.

Rechnen wir die vielen kleineren Bewegungen und Einzelfälle, die hier nicht alle aufgeführt werden können, hinzu, so ergibt sich, daß hier auch im letzten Kriegsjahr ein reiches Tätigkeitsfeld zu beobachten war.

In der Frage des Arbeitens in weissen wurde auf Grund der Richtlinien über Gemeinschaftsarbeit vom Jahre 1918 in Leipzig, Halle und Dessau der Anfang gemacht. In einem Resultat ist man nur in Leipzig und Dessau gekommen. In Chemnitz stehen zurzeit beide Vertragsstellen in Unterhandlung. In Dresden scheinen sich die Arbeitgeber von ihrem Nachweis nicht trennen zu wollen. Wo noch nicht gelöst, wird diese Frage bald reichsgesetzlich erledigt werden. Bis dahin darf uns das jedoch nicht von weiterer Tätigkeit auf diesem Gebiet entbinden.

Wo wir mit den Arbeitgebern über die vorstehende Angelegenheit zu verhandeln hatten, wurde auch die Lehrlingsfrage angeschnitten, immer betonend, daß der nötige gewerbliche Nachwuchs nur beschafft werden könne durch eine den heutigen Verhältnissen angepasste Entschädigung des Lehrlings und eine keinesfalls über 8 Jahre hinausgehende Lehrzeit. Dieser Angelegenheit brachte man denn auch durchweg das volle Verständnis entgegen.

Unsere Verwaltungsmitglieder haben auch im letzten Kriegsjahre an ihrem Posten ausgehalten, obgleich die Verhältnisse immer schwieriger wurden. Ihnen gilt deshalb auch an dieser Stelle unser Dank für ihre ausdauernde Mitarbeit. Das gilt auch unsern Frauen, die verschleidenlich in die Bresche getreten waren. Auch der Verstorbenen gedenken wir, insbesondere zweier unserer treuesten Verwaltungsmitglieder, der Kollegen Rädler in Leipzig und Fränzel in Bauhen, ferner auch unserer noch im letzten Kriegsjahre gefallenen Mitglieder.

Das Vereinsleben hatte auch in diesem Jahre sehr unter der Unruhm der Verhältnisse zu leiden. Um so erfreulicher mußte es stimmen, als in den letzten beiden Monaten nach der Heimkehr unserer Mitglieder aus dem Felde diese nicht nur wieder in den Versammlungen antraten, sondern auch ihre Plätze in der Verwaltung wieder einnahmen.

Wie bisher, mußte der Unterzeichnete auch in diesem Jahre neben der Erledigung der Geschäfte der Filiale Gotha die des Bezirks regeln.

Das Jahr 1918 stellt das bedeutungsvollste und ereignisreichste in der deutschen Volksgeschichte dar; in ihm ging das gewaltige Wölkering in die Höhe, in ihm mußte Deutschland die schwersten wirtschaftlichen Nachteile des verlorenen Krieges in Kauf nehmen, in ihm setzten die großen revolutionären Umwälzungen ein, die den Beginn einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung bedeuten.

So gewaltig diese Geschehnisse dieses Jahres, so groß werden die Aufgaben sein, an deren Erfüllung mitzuarbeiten die organisierte Arbeiterschaft herufen ist. Frage deshalb auch im kommenden Jahre jeder Kollege zum vollkommensten Wiederaufbau unserer Organisation und damit zur Neugestaltung eines gesunden Wirtschaftslebens sein Bestes zu tun.

Paul Vogt.

Aus unserm Beruf.

Stübenmünde. Nachdem die hier vor dem Kriege anfähigen und fast alle zum Militär eingezogenen Kollegen wieder in die Heimat zurückgekehrt waren, wurde im Anfang dieses Jahres der Wunsch laut, wieder eine Filiale zu gründen. In einer zum 8. März einberufenen Versammlung meldeten sich 21 Kollegen zum Beitritt. Heute gehören bereits 48 von 49 Kollegen der Organisation an. Bald darauf traten wir an die hiesigen Meister zwecks Abschließung eines Tarifs heran, was auch gelang. Bereits am 1. Mai trat der Tarif in Kraft. Im Lohn wurde festgesetzt: bei achtstündiger Arbeitszeit für Kollegen über 20 Jahre M. 2, für Kollegen unter 20 Jahren und Anstreicher M. 1,75 die Stunde. Ueberstunden werden mit 50 pSt. und Sonntags- und Nachtarbeit mit 75 pSt. Zuschlag vergütet. Was 1907 nach vielem Verhandeln nicht möglich war und wo während des ausgebrochenen Streiks sogar die Filiale in die Brüche ging, gelang diesmal nach einer einmaligen Zusammenkunft mit den Meistern. Sie konnten sich der Abschließung eines Tarifs nicht länger widersehen. An den Kollegen liegt es nun, das Erreichte festzuhalten und weiter auszubauen zum Wohle unserer Organisation, der noch bedeutende Aufgaben bevorstehen. Dazu gehört in erster Linie der regelmäßige Besuch der Versammlungen, der in letzter Zeit sehr zu wünschen übrig ließ.

Eingesandt.

Aus die Delegierten der 16. Generalversammlung.

Nach Schluß der Generalversammlung wurden mir Vorhaltungen darüber gemacht, daß ich als überzeugter Anhänger der U. G. V. dennoch gegen den Antrag 4, Berlin, gestimmt habe.

Stierzu habe ich folgendes zu erklären: Als Gegner jeder Gewalttätigkeit habe ich seinerzeit die gewalttätige Entfernung von Kautsky, Rosa Luxemburg sowie der Vorwärtsredakteure usw. scharf verurteilt und hätte jetzt durch ein Eintreten für den Berliner Antrag zu einem gleichen Akte meine Hand geboten.

Am 8. Verhandlungstag ersuchte ich vor Beginn der Sitzung den Kollegen Kaiser, Berlin, ihren Antrag, Absatz 5, einer redaktionellen Veränderung zu unterziehen, da ich und auch noch mehrere Delegierte dem Antrage in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen könnten. Bei der gewünschten Umänderung, die vom Kollegen Kaiser abgeleitet wurde, hätte der Berliner Antrag 4 eine weit größere Unterstützung und eventuell auch eine Mehrheit gefunden. Da die Kritik über meine Stellungnahme mir erst nach Schluß der Generalversammlung bekannt wurde, konnte ich eine diesbezügliche Erklärung im Plenum nicht mehr abgeben.

Alb. Frank, Obersfeld, Schleswiger Straße 16.

Baugewerbliches.

Ein neues Landes-Bauarbeiter-Schutzgesetz für Baden ist durch eine Verordnung, den Schutz der bei Bauten beschäftigten Personen gegen Berufsgefahren betreffend, erlassen worden. Die 116 Paragraphen enthaltende Verordnung zerfällt übersichtlich in 28 Teile und gibt eine gute Darstellung über den Bau von Gerüsten, von der Ausführung von Beton-, Eisenbetonarbeiten, Stenholz- und Ziehbauten, Abbruchsarbeiten, Wauduben und Wörtanlagen usw. Der wichtigste Teil ist die Ueberwachung der Einhaltung der Schutzvorschriften. Die Arbeitsstellen sind, abgesehen von besonders angeordneten Baukontrollen, regelmäßig wöchentlich einmal, solche größerer Bauten wöchentlich etwa zweimal, für kleinere Bauten in Landgemeinden nach je 14 Tagen, ohne vorherige Anknüpfung durch die Aufsichtsorgane zu besichtigen. Die Ueberwachung ist zunächst Aufgabe der Ortsbaukommissionen und der Ortsbaukontrolleure. Diesen sind je nach Bedarf Gehilfen und Bauführer beizugeben. In Bauaufsehern sind vorwiegend aus dem Kreise der Bauarbeiterschaft Personen zu berufen, welche durch längere Tätigkeit die nötigen Kenntnisse besitzen. Die Vorschläge der Berufsvereinigungen der Bauarbeiter sind bei der Auswahl in erster Linie zu berücksichtigen. Die längst veraltete Schutzverordnung für die Bauarbeiten vom 29. Februar 1904 ist damit außer Kraft getreten.

Bewerkschaftliches.

Der Töpferverband im Jahre 1918. Die Mitgliederzahl, die 1914 noch 10 887 betrug, war zum Jahresbeginn 1918 auf 2275 gesunken; sie hob sich dann langsam und betrug am Schlusse des 3. Quartals 3088, um dann am Jahresluß, wo die Heeresentlassungen eingesetzt hatten, sich auf 4970 zu steigern. Entsprechend dem Wachstum der Mitglieder hob sich auch wieder das Finanzgehären des Verbandes, gegenüber dem Jahre 1917 war eine Mehreinnahme von M. 28 526 zu verzeichnen, was aber auch dem Umstande zu danken ist, daß die Mitglieder angesichts ihres durch Leuerungszulagen und Tarifbewegungen sich steigenden Einkommens zu höheren Beitragsstufen übergingen. Die Gesamteinnahme des Verbandes in 1918 betrug M. 135 540, die Ausgabe M. 148 806, worunter für Unterstützungen der verschiedensten Art M. 54 082. Am Schlusse des Geschäftsjahres betrug das Verbandsvermögen M. 266 845. Es hat sich seit dem Schlusse des Geschäftsjahres 1914, wo es noch M. 387 915 betrug, insgesamt um M. 71 060 verringert. Dennoch kann das Finanzgehären des Verbandes während der Kriegszeit als ein zufriedenstellendes bezeichnet werden. Der mörderische Krieg hat unter den Mitgliedern des Töpferverbandes furchtbar ausgedünnt. Rund der zehnte Teil aller Mitglieder ist dem Weltkriege zum Opfer gefallen. Am Schlusse des Jahres 1918 waren 156 Verwaltungsstellen vorhanden. Deren Zahl sowie die Mitglieder ist seitdem natürlich bedeutend gestiegen. Nur in den Großstädten, wo die Bautätigkeit immer noch fast alles zu wünschen übrig läßt, wollen sich die Mitgliederzahlen aus diesem Grunde nicht heben, viele Offener arbeiten in andern Berufen und sind in den Verbänden organisiert.

Die Lohnbewegungen erstreckten sich auch im Jahre 1918 in der Hauptsache auf die Erlangung von höheren Leuerungszulagen. Alle Bewegungen endeten mit guten Erfolgen. Zusammengefaßt kann gesagt werden, daß der Töpferverband den Krieg in leidlicher Weise überstanden hat. Nur der Mitgliederstand läßt noch zu wünschen übrig. Hier lassen sich die durch den Weltkrieg verursachten Verluste nicht so leicht ausgleichen, weil die Mehrheit der Töpfer der Organisation bereits angehört. Erst nach Eintritt einer normalen Baukonjunktur wird sich der Mitgliederstand, der am 31. März dieses Jahres 8220 betrug, wieder mehr heben.

Der Geschäftsbericht des Vorstandes der Bergarbeiter für die Jahre 1917/18 gibt unter andern Aufschluß über die Mitgliederbewegung des Verbandes. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des 2. Vierteljahres 1914 101 966, des 4. Vierteljahres 1914 58 873, des 4. Vierteljahres 1915 46 371, des 4. Vierteljahres 1916 53 404, des 4. Vierteljahres 1917 110 454, des 4. Vierteljahres 1918 226 746. Am 31. März 1919 mußte der Verband 422 610 Mitglieder. Entsprechend der Mitgliederbewegung änderte auch die Einnahmen an Eintrittsgeldern und Beiträgen gestiegen. Nach dem Kassenbericht sind die Mitgliederbeiträge gestiegen von M. 1 780 540,50 im Jahre 1917 auf M. 4 895 843 im Jahre 1918. Das ist eine Steigerung um M. 2 615 103,50. An Eintrittsgeldern wurden eingenommen M. 110 889 gegen M. 28 778 im Vorjahre. Auch hier ist eine Steigerung von M. 82 061 vorhanden. Die Zinsen haben sich gegen das Vorjahr um M. 60 391,34 vermehrt. Sie sind gestiegen von M. 165 445,85 im Jahre 1917 auf M. 235 837,19 im Jahre 1918.

In demselben Verhältnis wie die Einnahmen sind auch die Ausgaben gestiegen. Das Verbandsvermögen betrug 1917 M. 4705 812, am 31. Januar dieses Jahres M. 7888 844.

Der Wirkungskreis des Gewerkschaftsverbandes. Das ganze Sein der Natur besteht aus Kampf und Hilfe, aus Auseinandersetzung und Zusammenschluß.

In unserem gewerkschaftlichen Verbande haben wir solchen Zusammenhalt freien Ringens im Sinne eines Entwicklungszieles, und darum kann der, der entwicklungs-geschichtlich zu denken versteht, gar nicht daran zweifeln, daß unser Verband, daß der gewerkschaftliche Gedanke seine entwicklungsgeschichtliche Bedeutung ewig behalten wird.

Die Entwicklung kennt keine Grenze, kein Ziel, wenn die Stufe erreicht, die wir in unseren kühnsten Träumen herbeigeführt, dann bieten sich dem kommenden Menschen wieder neue Höhen.

Sozialpolitisches.

Die Lebensmittelpreise im Monat April 1919. Gegenüber dem Monat März brachte der Rohstoffpreisrückgang auf den Konsum einer vierköpfigen Familie bezogen, für den April eine weitere Erhöhung um M. 2,35, da er im Reichsdurchschnitt M. 69,65 betrug.

	1914	1915	1916	1917	1918	1919
pro Familie... M.	24,93	34,41	51,78	64,81	67,18	69,65
pro Kopf.....	6,24	8,60	12,95	16,70	14,28	17,41
Steigerung seit 1914 in Proz.				87,47	107,48	119,59 126,00 179,05

Fachtechnisches.

Wissenschaftl. Zusammengeheft des Holzbearbeitungs-Arbeiterverbandes.

Angemeldete Patente: Kl. 22g. 6. H. 71 973. Dr. Martin Heubler, Radewitz-Dresden. Beschaffung beziehungsweise Benutzung. 29. März 1919.

Gebräuchsmappe: Kl. 70a. 709 985. Paul S. Köhnen, Hamburg. Materialmaß mit dreifacher Wasserwaage. 29. März 1919. Kl. 87a. 706 262. Otto Scherwinn, Berlin. Gerüst für Mäler und dergleichen. 15. April 1919. Kl. 84g. 706 000. Nov. Berlin, Köln a. Rh. Schütterschrift. 29. März 1919.

Literarisches.

In der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW, 68 ist eine Broschüre mit dem Titel Der Frieden gegen die Arbeiter erschienen. Frei von jeder agitatorischen Fäule, illustriert der Verfasser anprahlend Beispiele den verhängenden Niederlag der vorliegenden feindsicheren Friedensbedingungen auf das Leben des deutschen Arbeiters.

Zentralverband der Blinder, Taubblinden und Schwerhörigen Deutschlands. Jahrbuch 1918, Preis M. 3, für Verbandsmitglieder 50 Pf. Verlag von J. Diermeier, Hamburg, Besenbinderhof 57.

Rodmos, Handweiser für Naturfreunde. Herausgegeben vom "Rodmos", Gesellschaft der Naturfreunde. Jahrgang 1919, Heft 3-5. Mit 32 der bedeutendsten Vorkenntnissen: Dr. Kurt Floericke, Spinnen und Spinnenleben. Preis (jährlich 12 Hefte und 4 Anhanghefte) halbjährlich M. 4,00. Geschäftsstelle: Franck'sche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. In dem vorliegenden Heft 5 des "Rodmos" verweisen wir besonders auf einen interessanten Beitrag über die Kletterstube der Gattung von Forstmeister Hans Feuchterberger. Mit diesem Heft des "Rodmos" gelangt auch die zweite Beilage des Jahrgangs 1919 zur Ausgabe. Verfasser der Beilage ist Dr. Kurt Floericke, der unter dem Titel "Spinnen und Spinnenleben" was erst gewahrt werden läßt, welche riesig interessante Geschöpfe die von vielen verachteten Spinnen doch eigentlich sind. Es ist nicht nur ihre Spinnfähigkeit, die uns fesselt und die man auch schon in industrieller Hinsicht auszunutzen versucht hat, sondern fast noch mehr ihr merkwürdiges Liebesleben, ihr selbständiges Körperbau, ihre Brutpflege, ihre Angriff- und Verteidigungswaffen und die Einrichtung ihrer Wohnungen. Auch von den gewaltigsten Vogelspinnen Südamerikas vernahmen wir und von den beständigsten Tarnmotten und anderen Spinnarten, deren Beschaffenheit auf das richtige Maß zurückgeführt wird.

Wer das Büchlein gelesen hat, wird die Spinnen (deren wirtschaftliche Bedeutung wegen ihres massenhaften Auftretens auch nicht unterschätzt werden darf) mit ganz andern Augen betrachten lernen.

Zeitschrift für soziale Hygiene, Fürsorge und Krankenhandwerk. Unter diesem Titel erscheint demnächst eine neue Monatschrift, herausgegeben von Dr. W. Chajes und Geh. Sanitätsrat Stadtrat Dr. Rahnow. Die ersten 8 Bogen starken Hefte werden neben Originalartikeln eine Zusammenstellung sämtlicher wichtigen Begebenheiten, Einrichtungen, Maßnahmen, Gesetze usw. auf dem Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege, des Wohnungs-, Ernährungs-, Arbeits- und Krankenwesens, der Medizin, der Sozialpolitik, des Arbeiterrechtes, der Frauen- und Kinderarbeit, der sozialen Versicherung und der sozialen Gesetzgebung enthalten. Auf das Fürsorgewesen in allen seinen Zweigen wird ebenso wie auf das Krankenhaus- und Anstaltswesen besonders Wert gelegt. Endlich soll ein Referatenteil alle wichtigen Veröffentlichungen auf den genannten Gebieten vollständig zusammenstellen und die überall zerstreuten Aufsätze usw. sammeln und so die geltende Arbeit des einschlägigen Materials in den Bibliotheken zusammensuchen, allen auf dem Gebiete der sozialen Hygiene Tätigen erleichtern. Die ersten Nummern bringen Aufsätze von Geh. Rat Prof. Dr. Blaschko, Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Wägg, Stadtschulrat Prof. Dr. Thiele, Prof. Dr. A. Grotzahn, Dr. Ruppert, Direktor Albert Rahn, Prof. Dr. Rastel, Prof. Dr. Friedberger, Edmund Fischer, Medizinalrat Dr. Gräßl usw. Die Zeitschrift wendet sich an alle Ärzte, besonders an diejenigen, die als Verwaltungsmediziner, Krankenhaus-, Kommunal- und Schulärzte, Fürsorge-, Armen- und Kasernenärzte usw. tätig sind, an die Arbeiterführer, an die Verwaltungsbeamten in Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und den anderen Zweigen der sozialen Versicherung, an alle in sozialer kommunaler und staatlicher Verwaltung oder sonst tätigen Personen, die durch ihre Tätigkeit gezwungen sind, alle Maßnahmen auf dem Gebiete der Hygiene zu studieren. Der Preis beträgt M. 7,50 pro Quartal (M. 2,50 pro Heft). Die Zeitschrift kann von der Post, von jeder Buchhandlung wie auch direkt vom Verlag: Gesellschaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 9, bezogen werden.

Sterbetafel.

Berlin. Am 3. Juni starb der Kollege Paul Herzog, geboren am 2. Juni 1888 in Berlin. Ohne seinem Andenken!

Vereinstell.

Bericht der Hauptkommission für den Monat Mai.

Eingelände wurde im Monat Mai: Kelen M. 86, Alms 10170, Alzenburg 850, Augsburg 1800, Wächtersburg 900, Berlin 4000, Bernburg 900, Bielefeld 600, Bochum 860, Brandenburg 10840, Braunschweig 1000, Breslau 8800, Braunschweig 800, Cassel 4000, Celle 400, Chemnitz 1500, Coblenz 100, Elm 2200, Elmstätt 200, Garmisch 100, Darmstadt 120627, Dessau 600, Dresden 6000, Duisburg 1888, Eilenburg 200, Eilsdorf 1800, Eberswalde 200, Eilenburg 2911, Eilsdorf 1600, Erfurt 550, Essen 2000, Frankfurt a. M. 5200, Frankfurt a. M. 400, Freiburg 11796, Gera 200, Glauchau 200, Gotha 2000, Göttingen 455, Grumburg 200, Grünberg 550, Halle 25197, Gumbinnen 70, Hagen 850, Halberstadt 200, Halle 1200, Hamburg 2000, Heideberg 700, Herford 750, Hildesheim 250, Homburg 250, Jena 900, Karlsruhe 1200, Kattowitz 400, Kempten 200, Kiel 1500, Kolberg 100, Königsberg 1000, Konigs 14140, Kralup 100, Köslitz 200, Leipzig 400, Lindau 19660, Lützen 150, Magdeburg 1300, Marburg 265, Merano 200, München 8000, Münster 404, Neudorf 200, Pommern 200, Nürnberg 8000, Osnabrück 200, Pforzheim 200, Potsdam 150, Rathenow 200, Schleswig 180, Schneidemühl 100, Schwerin 610, Singen 6750, Spandau 200, Spremberg 100, Stolp 200, Stuttgart 2100, Ulm 200, Wadensberg 200, Weimar 200, Weiden 500, Weisk 19440, Wilhelmshaven 1800, Wismar 200, Zimmern 600.

G. Dentler, Kaffeler.

Vom 6. bis 12. Juni ist die 28. Beitragswoche.

Nr. 25 des "Korrespondenzblattes" liegt heute bei.

Die Bekämpfung der Streichbürsten Diefel aller Art. In jeder und jeder Apotheke. Die Bekämpfung der Streichbürsten Diefel aller Art. In jeder und jeder Apotheke.

Paul Grohmann, Dresden-N. 16, Köllnerstr. 38. Vertreter und Reisende gesucht.



Gedenktafel

für unsere im Kriege gefallenen Kollegen.

- Alt, Adam, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 20. 9. 01 zu Wetzhausen, seit 2. 2. 10 im Verband.
- Bartschat, R., Mitglied der Filiale Braunschweig, geb. 6. 8. 91 zu Wemel, seit 26. 10. 18 im Verband.
- Baßel, Gustav, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 20. 11. 90 zu Bunsau, seit 20. 11. 10 im Verband.
- Beder, Johann, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 25. 4. 88 zu Dr. Berau, seit 21. 2. 15 im Verband.
- Berg, Alfred, Mitglied der Filiale Elberfeld, geb. 16. 2. 87 zu Elberfeld, seit 2. 4. 10 im Verband.
- Chytroulet, Wlth., Mitglied der Filiale Celle, geb. 10. 4. 97 zu Celle, seit 15. 5. 15 im Verband.
- Degenhardt, Peter, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 19. 4. 98 zu Benschheim, seit 14. 6. 14 im Verband.
- Dezheim, Wilhelm, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 9. 7. 86 zu Oppenheim, seit 28. 2. 11 im Verband.
- Diehl, Hans, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 21. 7. 99 zu Mannheim, seit 4. 7. 15 im Verband.
- Diers, Heinrich, Mitglied der Filiale Celle, geb. 14. 5. 98 zu Celle, seit 21. 4. 18 im Verband.
- Dieter, Friedr., Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 26. 1. 76 zu Oberrad, seit 10. 8. 01 im Verband.
- Dieter, Georg, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 8. 11. 79 zu Memmen, seit 1. 8. 04 im Verband.
- Frennd, Karl, Mitglied der Filiale Sinsbaurg, geb. 9. 7. 77 zu Alzenburg, seit 18. 4. 96 im Verband.
- Friedrich, Aug., Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 5. 1. 94 zu Oberstadt, seit 28. 5. 11 im Verband.
- Friedrich, Gustav, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 15. 7. 78 zu Mainz, seit 15. 4. 07 im Verband.
- Funt, Georg, Mitglied der Filiale Darmstadt, geb. 6. 10. 92 zu M. Hoban, seit 17. 8. 19 im Verband.
- Gumpmann, A., Mitglied der Filiale Dresden, geb. 22. 2. 97 zu Dr. Orfka, seit 7. 5. 14 im Verband.
- Gugel, Philipp, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 22. 11. 80 zu Kollheim, seit 27. 1. 01 im Verband.
- Gees, Franz, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 18. 2. 96 zu Kollheim, seit 7. 6. 18 im Verband.
- Geisler, Hans, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 21. 4. 96 zu Hannover, seit 20. 8. 15 im Verband.
- Gerstl, Hermann, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 2. 9. 98 zu Lohndorf, seit 12. 4. 15 im Verband.
- Grafel, Heinrich, Mitglied der Filiale Mainz, geb. 12. 2. 95 zu Mainz, seit 12. 5. 12 im Verband.
- Griesener, Friedr., Mitglied der Filiale Dresden, geb. 26. 1. 84 zu Königsdorf, seit 29. 8. 14 im Verband.
- Grotzahn, Wlth., Mitglied der Filiale Mainz, geb. 1. 4. 91 zu Gredersheim, seit 19. 8. 11 im Verband.
- Heil, Karl, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 28. 9. 88 zu Breslau, seit 1. 1. 18 im Verband.
- Hessel, Heinrich, Mitglied der Filiale Kaiserlautern, geb. 15. 2. 86 zu Kaiserlautern, seit 10. 7. 09 im Verb.
- Hofe, Alwin, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 28. 2. 91 zu Breslau, seit 15. 1. 10 im Verband.
- Hofe, Peter, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 30. 10. 89 zu Sojanowo, seit 18. 1. 14 im Verband.
- Andig, Paul, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 15. 2. 89 zu Saarau, seit 23. 2. 07 im Verband.
- Köhler, Otto, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 24. 12. 84 zu Wootzau, seit 19. 5. 04 im Verband.
- Kranke, Willi, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 12. 7. 86 zu Singen, seit 6. 1. 08 im Verband.
- Kranke, Eugen, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 29. 10. 80 zu Breslau, seit 1. 2. 1900 im Verband.
- Krutzsch, Paul, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 2. 5. 86 zu Breslau, seit 22. 2. 14 im Verband.
- Lange, Heinrich, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 8. 3. 87 zu Orde, seit 19. 10. 14 im Verband.
- Seinhardt, S., Mitglied der Filiale Kaiserlautern, geb. 18. 3. 89 zu Kaiserlautern, seit 7. 9. 09 im Verband.
- Sehner, Georg, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 12. 9. 78 zu Norheim, seit 22. 2. 1900 im Verband.
- Stich, Eugen, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 21. 2. 88 zu Breslau, seit 29. 4. 18 im Verband.
- Lohnert, Peter, Mitglied der Filiale Kaiserlautern, geb. 1. 1. 88 zu Kaiserlautern, seit 10. 11. 06 im Verband.
- Marr, Albert, Mitglied der Filiale Gotha, geb. 21. 2. 84 zu Großgandstadt, seit 8. 2. 06 im Verband.
- Menda, Valentin, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 25. 11. 82 zu Gernrognitz, seit 24. 2. 06 im Verband.
- Müller, Fern., Mitglied der Filiale Breslau, geb. 5. 4. 88 zu Breslau, seit 18. 10. 06 im Verband.
- Reinisch, Walter, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 25. 4. 95 zu Breslau, seit 26. 5. 18 im Verband.
- Reis, Carl, Mitglied der Filiale Kaiserlautern, geb. 2. 2. 89 zu Wehbach, seit 12. 5. 07 im Verband.
- Rehder, Paul, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 11. 2. 91 zu Bunsau, seit 12. 2. 10 im Verband.
- Schäpe, Otto, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 13. 6. 88 zu Breslau, seit 20. 10. 04 im Verband.
- Strohbein, Ferd., Mitglied der Filiale Hannover, geb. 27. 2. 90 zu Werntrup, seit 4. 11. 12 im Verband.
- Tiel, Otto, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 5. 7. 89 zu Breslau, seit 22. 10. 11 im Verband.
- Tre, Max, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 29. 8. 78 zu Breslau, seit 31. 8. 93 im Verband.
- Tschierke, Fritz, Mitglied der Filiale Breslau, geb. 15. 8. 91 zu Bunsau, seit 10. 5. 14 im Verband.
- Turzil, Otto, Mitglied der Filiale Hannover, geb. 26. 5. 90 zu Landsberg, seit 29. 3. 13 im Verband.

Ohne ihrem Andenken!